

Stress und Angst für Gefängnispersonal nehmen zu

VPOD-Fachausschuss verlangt dringend eine Entlastung der Angestellten im Strafvollzug

Die Belastung der im Strafvollzug Arbeitenden hat ein besorgniserregendes Ausmass erreicht. Eine Umfrage des VPOD belegt, dass immer mehr Angestellte aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig ausscheiden. Verheerend wirken sich nach Ansicht der Gewerkschaften Personalstopp und Spar- druck aus. Angesichts der vielen psychisch angeschlagenen oder gewalttätigen Gefangenen brauche es unbedingt mehr Personal.

■ VON PETER HUG, ZÜRICH

In den Deutschschweizer Vollzugsanstalten entfielen in den letzten Jahren bis zu einem Drittel aller Pensionierungen auf vorzeitige Abgänge. Dies hat eine Umfrage des Fachausschusses Straf- und Massnahmenvollzug des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) ergeben. haben vor allem psychosomatische Erkrankungen.

«Keiner gesund in die Pension»

Noch schlimmer sieht das Resultat in einzelnen Gefängnissen aus, wie der Präsident des Ausschusses, Hans Renggli, an einer Medienkonferenz aufzeigte. In Basel beispielsweise, wo Renggli arbeitet, gab es im vergangenen Jahr keine einzige Normalpensionierung. Ältere Angestellte mussten aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig mit der Arbeit aufhören. Viele hielten den Stress und die ständige Angst an ihrem Arbeitsplatz nicht mehr aus.

Ähnliches berichtete Ursula Däppen, die in einer halboffenen Strafvollzugsanstalt im Kanton Bern arbeitet: «Keiner der sechs Angestellten, die 1995 pensioniert worden sind, konnte diesen dritten Lebensabschnitt gesund antreten.» Zugenommen habe die Belastung vor allem nach 1991, sagte sie, denn seither habe im Zuge der Sparmassnahmen in allen Berner Staatsbetrieben ein massiver Stellenabbau stattgefunden.

VPOD-Verbandssekretär Hans-Jakob Mosimann macht verschiedene Entwicklungen dafür verantwortlich, dass sich immer mehr Angestellte überfordert und ausgebrannt fühlen:

- die grosse Zahl von gesundheitlich angeschlagenen Gefangenen - als Kehrseite der offiziellen Drogenpolitik
- der Druck der multikulturellen Vielfalt in der Zwangsgemeinschaft Gefängnis
- die Sicherheitsansprüche einer durch tragische Einzelfälle aufgeschreckten Öffentlichkeit

- die modernen Vollzugskonzepte, die von den Angestellten eine ausgeprägte Beweglichkeit verlangen.

Auf einen weiteren Aspekt - die zunehmende Brutalisierung der Kriminalität - wiesen vor allem Chris Harder und Alois Bumbacher hin, die in der geschlossenen Strafanstalt Lenzburg arbeiten. Zusammen mit einem Kollegen ist Bumbacher für die Schlossereiwerkstatt zuständig, in der zurzeit 17 Gefangene arbeiten. Einzelne von ihnen seien psychisch derart angeschlagen, dass sie eigentlich eine besondere Betreuung bräuchten. Gleichzeitig müsse er aber auch noch für die Ausbildung von vier Insassen sorgen, die bei ihm eine Anlehre absolvieren.

Nur dank dem Eingreifen anderer Gefangener hat Bumbacher zwei tätliche Angriffe einigermaßen heil überstanden. Chris Harder vom Sicherheitsdienst in Lenzburg sprach von der Angst, die vor allem ältere Kollegen empfinden würden. Und er erinnerte daran, dass die Forderung der Öffentlichkeit nach mehr Sicherheit auch ihre Kehrseite hat: «Je mehr wir zumachen, desto grösser wird die Gefahr, dass es zu einer Geiselnahme kommt.» Fluchten auf andere Art, wie es sie früher häufig gab, seien heute gar nicht mehr möglich. unterstrich Bumbacher. Da sich der ganz natürliche Drang eines Eingesperrten nach Freiheit nicht aus der Welt

schaffen lasse, seien Geiselnahmen heute gewissermassen «programmiert».

Für den VPOD-Fachausschuss steht deshalb eine Forderung klar im Vordergrund: Es braucht mehr Personal - nicht nur um die Sicherheit der Angestellten zu gewährleisten, sondern auch um dem Resozialisierungsauftrag eher gerecht zu werden und die Zahl der Rückfälle gering zu halten. So sei es in Basel beim heutigen Personaletat gar nicht möglich, das für die neue Strafanstalt gross angekündigte moderne Vollzugsmodell umzusetzen, gab Hans Renggli zu bedenken.

Gegen Privatgefängnisse

Im übrigen erinnerte der VPOD-Fachausschuss an seine alte Forderung, das Pensionsalter 58 für Strafvollzugsangestellte einzuführen, wie es in der Westschweiz längst Tatsache sei. Unterstützt wird der VPOD von den im Verband des christlichen Staats- und Gemeindepersonals (VCHP) organisierten Kollegen, wie Zentralsekretär Alois Studerus bekanntgab. Studerus wandte sich bei dieser Gelegenheit gegen Bestrebungen, den Strafvollzug zu privatisieren. In privat geführten Gefängnissen würde der Druck auf das Personal nur noch verstärkt. Gleichzeitig würde auch die Resozialisierung der Gefangenen noch mehr in Frage gestellt.